N i e d e r s c h r i f t
JHA/026/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine am 21.11.2024

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Andrea Bischoff		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat (ab 17:10 Uhr - TOP 3)
Frau Mona Gedicke		Interessensvertreterin Jugendteam
Frau Claudia Raneberg		Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Sabine Schillack		Ausschussmitglied f. Schulen

Vertreter:

Frau Doris Hasenkamp-Jakob	Vertretung für Herrn Domenico Bellinvia

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Emely Hermes	Kinder- und Jugenschutz
Frau Annika Hils	Fachbereichscontrolling Jugendamt
Frau Jana Hölscher	Praktikantin
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen	Stabstelle Dezernat II
Frau Katja Käschner	PV Kindergärten und Kindertagespflege
Frau Diana Möllers	PV Kinder- und Jugendarbeit und Spiel- und Freizeitflächen
Herr Christoph Wellering	Leiter ASD
Frau Annette Wiggers	Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

Frau Petra Fettich	Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Frau Carla Zachey	AG 78

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinvia	Ausschussmitglied f. Katholische Kirche
Frau Andrea Gehring	Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp	Ausschussmitglied f. Polizei
Frau Nina Jansen	Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung
Herr Jörg Langhans	Ausschussmitglied f. Richter
Frau Cosima Rottmann	Jugendamtselternbeirat

Herr Führer eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. JHA/024/2024 über die öffentliche Sitzung am 18. September 2024

Frau Gedicke berichtet über eine Diskussion in der Jugendteam-Sitzung, in der es um die Niederschrift der Jugendhilfeausschusssitzung vom 18. September 2024 bezüglich des Tagesordnungspunktes „Informationen der Verwaltung“ zu dem Thema „Zukunftsfestival“ gegangen ist. Sie bittet, obwohl sie sich in der Sitzung am 18. September 2024 zu dem Thema nicht zu Wort gemeldet habe, dass ihr heutiger Beitrag nachträglich in die Niederschrift aufgenommen werde.

Herr Führer schlägt vor, auch wenn es sich um keinen Korrektur- oder Ergänzungsvorschlag zur Niederschrift handele, dass Frau Gedicke ihren Beitrag Frau Atrott für die nachträgliche Aufnahme zur Niederschrift zur Verfügung stellen möge. Die Jugendhilfeausschussmitglieder widersprechen dem nicht.

Nachtrag:

Von: *Mona Gedicke*
Gesendet: *Dienstag, 26. November 2024 12:04*

An: *Atrott, Andrea <andrea.atrott@rheine.de>*
Betreff: *JHA Nachtrag zum vergangenen Protokoll*

Guten Tag Frau Atrott,

hiermit lasse ich Ihnen nochmal schriftlich den Nachtrag der Jugend zum vergangenen Protokoll zukommen. Dabei ging es um die Thematik des Zukunftsfestivals.

"Es ist uns wichtig nochmal zu betonen und hinzuzufügen, dass wir Jugendlichen uns darüber freuen, wenn Veranstaltungen für unsere Zielgruppe durchgeführt werden. Dabei ist es uns egal, ob dies auf städtischen oder auf Kreisflächen geschieht. Es soll kein Konkurrenzkampf herrschen und stattdessen würden wir uns von Seiten der Politik und der Stadt freuen, wenn solche Veranstaltungen, wie beispielsweise das vergangene Zukunftsfestival, dankend angenommen werden und gegebenenfalls unterstützt werden. Es ist ein tolles Angebot, welches zukünftig vllt. auch von der Politik genutzt werden kann, um mit Jugendlichen in den Austausch zu kommen. Wir appellieren an alle, dass solche Veranstaltungen wertgeschätzt, unterstützt und bestärkt werden sollten, anstatt über Dinge zu diskutieren, welche für die Jugend nicht von Bedeutung sind!"

Mit freundlichen Grüßen
Mona Gedicke
im Auftrag des Jugendteams

2. Niederschrift Nr. JHA/025/2024 über die öffentliche Sitzung am 10. Oktober 2024

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

3. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann gibt an, dass die Informationen im Vorfeld zur Verfügung gestellt worden seien. Für den gestrigen Tag der Kinderrechte 2024 seien das Alte Rathaus sowie eine Tür zum Durchgehen angestrahlt worden. Mit diesen neuen Medien seien auch Jugendliche erreicht worden, die sich sonst eher als auffällige Gruppen im Stadtgeschehen aufhalten würden und für die Verwaltung eher nicht erreichbar seien. Die angestrahlte Tür sei von ihnen als „cool" bezeichnet worden.

Zu dem Antrag vom Stadtjugendring Rheine e. V. auf Finanzierung der Kampagne „No Fake, just Facts!" schlage er vor, diesen auf den Tagesordnungspunkt der Haushaltsplanberatungen *(TOP 12, Vorlage 398/24 „Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2025-2028, Sonderbereich 2 – Produktgruppe 21 – Jugendamt"* zu verweisen. Er werde einen Verfahrensvorschlag dazu zur Verfügung stellen.

Er führt weiter aus, dass auf Anfrage von Frau Leskow bezüglich einer Übergangslösung für die Kümperskinder e. V. für die Sitzung am 18. September 2024 eine Vorlage *(Nr. 330/24)* gefertigt worden sei. Inzwischen sei das Kita-Anmeldeverfahren für die Ü3-Kinder abgelaufen und ein Bedarf im Schotthock, Gellendorf und dergleichen festgestellt worden. Es werde eine Übergangslösung mit der Kita Kümperskinder in Form von zweimal Gruppenform I in der alten Kita Esperlohstraße abgebildet werden. Das alte Kita-Gebäude stehe zur Verfügung, da die Kirchgemeinde St. Antonius von Padua neu gebaut habe. Das Gebäude werde bis April 2025 vorrübergehend als OGS-Raum für die Südeschschule benutzt, so dass dieses ab dem 1. August 2025 für die Kita Kümperskinder als Übergangslösung abgebildet werden könne. Eine Mitgliedschaft bei einem Wohlfahrtsverband hätten die Kümperskinder e. V. bisher nicht beantragt, da diese

gebührenpflichtig sei und ihnen kein Vereinsmögen zur Verfügung stehe. Er gehe davon aus, dass die Mitgliedschaft bis Februar 2025 formal bestätigt werde.

Weiter informiert er, dass die FBS *(Familienbildungsstätte Rheine)* die Brückenprojekte zum 31. Dezember 2024 beenden werde, da das Land die Förderung streiche. In den letzten Monaten habe es kaum Nachfragen zu dem Projekt gegeben.

Zudem führt er aus, dass für die plusKITAs der Förderzeitraum kurzfristig vom 1. August 2025 bis zum 31. Juli 2026 verlängert worden sei. Da die Stadt Rheine die Mittel weiterleite, habe es keine Auswirkung auf den Haushalt.

Herr Gausmann bejaht die Frage von Frau Leskow, ob die Elterninitiative über die vorgetragenen Informationen zu der Kita Kümperskinder informiert worden seien.

Herr Führer spricht im Namen des Jugendhilfeausschusses der neu gewählten Jugendamtselternbeiratsvorsitzenden Frau Rottmann und ihrer Stellvertreterin Frau Hellermann in Abwesenheit herzliche Glückwünsche aus. Sie seien damit beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

4. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

5. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Bischoff informiert, dass der Spielenachmittag am Samstag letzter Woche durchgeführt worden sei und die Anwesenden viel Spaß gehabt hätten. Der Familienbeirat habe für sich gute Werbung machen können. Der Familienbeirat werde reflektieren, warum der Spielenachmittag nicht so gut besucht worden sei.

In diesem Jahr werde noch eine Sitzung des Familienbeirates stattfinden.

6. Antrag der Sanierung Spinnerei Kümpers GmbH & Co. KG auf Gewährung eines Mietzuschusses für die Kita im Emsauen-Quartier Kümpers Vorlage: 447/24

Herr Gausmann informiert, dass es in dem Antrag überwiegend um eine zusätzliche Förderung außerhalb der von der Verwaltung gewährten KiBiz-Miete gehe. Die Verwaltung sei der Überzeugung, dass ein Investor mit der KiBiz-Miete auskommen müsse und sehe keine Möglichkeit, zusätzliche Mietanteile zu übernehmen, weshalb die Vorlage einen ablehnenden Beschlussvorschlag enthalte. Rechtlich habe der Investor sich verpflichtet, zum 1. August 2026 eine Kita in Betrieb gehen zu lassen. Diese werde von den Kümperskinder e. V. betrieben. In einem Gespräch habe der Investor angedeutet, dass er die Fertigstellung nach dem derzeitigen Zeitplan werde abbilden können. Wie er vorhin unter den TOP „Informationen“ gesagt habe, könne die Verwaltung für die Kümperskinder e. V. zweimal die Gruppenform I abbilden, so dass die KiBiz-Miete lediglich für die Esperlohstraße gezahlt werden müsse. Für die Stadt Rheine würde kein Schaden entstehen, falls der Investor den Zeitplan nicht einhalten könne. Anfang Dezember werde es ein weiteres Gespräch mit dem Investor geben, um den einen oder anderen Rahmen abzubilden.

Herr Führer gibt an, dass die Mietmodell-Konditionen mit den entsprechenden Indexierungen landesweit festgelegt seien. Jeder Investor könne sich diese im Vorhinein ansehen und seine wirtschaftliche Kalkulation darauf ausrichten.

Herr Hewing äußert, dass der Investor mit diesem Antrag für die Kita eine doppelt so hohe Miete habe erreichen wollen, als vorher vereinbart gewesen sei, bereite der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bezug auf die möglichen Mietpreise in diesem Gebiet Sorge.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den durch die Sanierung Spinnerei Kümpers GmbH & Co. KG gestellten Antrag auf Gewährung eines Mietzuschusses für die Kita im Emsauen-Quartier abzulehnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Trägerauswahlverfahren für die neue Kindertageseinrichtung in Mesum Vorlage: 437/24

Herr Gausmann erläutert, dass in der Sondersitzung am 10. Oktober 2024 beschlossen worden sei, anstatt einer 5-gruppigen Kindertageseinrichtung eine 4-gruppige zu planen. Heute werde über das Trägerauswahlverfahren entschieden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeaussschuss beschließt, die als Anlage beigefügte Bewertungsmatrix für die Vergabe der Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung in Mesum heranzuziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Ferienparadies 2024 Vorlage: 448/24

Frau Wiggers informiert, dass die Verwaltung aufgrund bestehender Probleme von dem jetzigen Online-Anmeldesystem für das Ferienprogramm Abstand genommen habe. Ab Januar 2024 werde die Verwaltung mit dem neuen Online-Anmeldesystem arbeiten können, welches in die Familien-App integriert werde.

Weiter berichtet sie, dass ein Online-Anmeldesystem viele Vorteile habe. Die Auswertung habe jedoch gezeigt, dass die Online-Anmeldungen als weniger verbindlich angesehen worden seien und es häufig zu kurzfristigen Abmeldungen gekommen sei. Kurz nachdem das Programm online gegangen sei, habe es Nutzerinnen und Nutzer gegeben, die sich erstmal auf alles angemeldet hätten, um sich einen Platz zu sichern und später sukzessive ausgewählt hätten, woran sie teilnehmen wollten. Dieses sei für die Anbieter schwer zu kalkulieren. Hier bedarf es im Kontext mit den verschiedenen Anbietern des Ferienprogrammes einer Optimierung.

Sie führt weiter aus, dass die Verwaltung für 2025 versuchen werde, den „Ferienpass für alle“ wieder kostenlos zur Verfügung stellen. Im zweiten Jahr sei festgestellt worden, dass der kostenlose Zugang teilweise ausgenutzt worden sei. Hier müsse ebenfalls gemeinsam mit den verschiedenen Trägern an einer Optimierung der Vergaben gearbeitet werden.

Herr Führer kommentiert, dass die beeindruckenden Zahlen zeigen würden, wie gut die vielen verschiedenen Angebote genutzt worden seien. Was das Anmeldeverhalten angehe, so würden wir in einer Welt von überengagiert bis teilnahmslos leben; die gesunde Mitte werde leider immer kleiner. Er halte es für wichtig, dieses Angebot aufrechtzuerhalten, weil es den Kindern und Jugendlichen guttue.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Ferienparadies 2024 zur Kenntnis.

9. Teiljahresabschlussbericht 2023, Sonderbereich 2 - Produktgruppe 21 - Jugendamt Vorlage: 396/24

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2023 für den Sonderbereich 2 – Produktgruppe 21 – Jugendamt – zur Kenntnis.

10. Berichtswesen 2024, Stichtag 31.10.2024, Sonderbereich 2 - Produktgruppe 21 - Jugendamt Vorlage: 370/24

Herr Gausmann erklärt, dass die Stadt Rheine im Rahmen der Konnexitätsprüfung des Landes 2,9 Mio. Euro zusätzlich für die KiBiz-Förderung im Jahr 2024 bekommen werde. Für die Gesamtausgaben und -einnahmen entstehe dadurch ein positives Ergebnis von 43.000 Euro. Ohne diese einmalige Förderung würde die Stadtverwaltung ein erhebliches Defizit vor sich herschieben, welches dem Produkt „Hilfen zur Erziehung“ geschuldet sei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2 – Produktgruppe 21 – Jugendamt – mit dem Stand der Daten zum 31.10.2024 zur Kenntnis.

11. Beratung Stellenplan 2025 - Sonderbereich 2 - Produktgruppe 21 - Jugendamt Vorlage: 397/24

Herr Gausmann gibt an, dass die Verwaltungsführung sich zum Ziel gesetzt habe, so wenige Stellen wie eben möglich zusätzlich anzumelden. Nachdem im Bereich der Jugendhilfe in den letzten Jahren aufgestockt worden sei, seien für das Jahr 2025 keine zusätzlichen Stellen angemeldet worden. Es gebe jedoch eine neue Personalbemessungsstruktur des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und des Landschaftsverbandes Rheinland und er könne aufgrund der Empfehlungen nicht ausschließen, dass die Verwaltung unterjährig in 2025 das dargestellte Stellentableau für 2026 anpassen müsse.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen,

1. den als Anlage beigefügten Stellenplan des Sonderbereichs 2 – Produktgruppe 21 - Jugendamt in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2025 zu übernehmen.

2. die nachstehenden befristeten Stellen des Sonderbereichs 2 – Produktgruppe 21 - Jugendamt,

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monaten/befristet bis
1	Strategische Steuerung, Planung und Statistik	1,0 / SuE 18	60 / 31.12.2025
2	Sachbearbeitung Wirtschaftliche Jugendhilfe	0,5 / A 11	24 / 31.12.2025
3	Wirtschaftliche Jugendhilfe	0,5 / A 9, A 10	24 / offen
4	Beistandschaften	1,0 / A9, A 10	24 / offen
	Summe	3,0	

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2025-2028, Sonderbereich 2 - Produktgruppe 21 - Jugendamt Vorlage: 398/24

Herr Gausmann informiert, dass im Gegensatz zur Einführung des Haushaltes **eine Verbesserung im Bereich des Produktes Kita** gegeben habe, da es im Rahmen des Belastungsausgleiches im U3-Ausbau eine pauschale Einmalsumme von 500.000 Euro in 2025 geben werde. Zusätzlich werde es ab dem 1. August 2025 einen höheren Anteil des Landes an der Finanzierung der U3-Kinder von 19,3 auf 25,7 % geben. In der Gesamtsumme rechne die Verwaltung in 2025 mit zusätzlichen Einnahmen von 1.037.000 Euro, die in den Folgejahren fortgeschrieben würden.

Er führt weiter aus, dass eine absehbare **Erhöhung im Rahmen der KiBiz-Pauschale** erwartet werde, womit sich die Verwaltung im ersten Halbjahr 2025 beschäftigen werde. Da schon 6 % einkalkuliert worden seien, werde es keine haushaltsrelevante Erhöhung geben.

Ergänzungsantrag der CDU- und FDP-Fraktionen zum Haushaltsplan zur Errichtung einer Jugendfreizeitfläche

Herr Beckmann gibt an, dass die CDU- und FDP-Fraktionen gestern einen Ergänzungsantrag ***(Anlage 1 zur Niederschrift)*** zum Haushaltsplan für die Errichtung einer Jugendfreizeitfläche gestellt habe, mit dem 50.000 Euro für die Planung im Jahr 2025 und jeweils 200.000 Euro für die durchzuführenden Investitionen in den Folgejahren 2026 bis 2028 bereitgestellt werden sollten.

Da dieser Antrag nicht allen Ausschussmitgliedern vorliegt, kopiert und verteilt die Schriftführerin diesen.

Herr Führer äußert, dass die Haushaltsplanberatung des Jugendhilfeausschusses heute abgeschlossen werden müsse.

Zum weiteren Verfahren entsteht eine Diskussion. U. a. wird besprochen, ob der Antrag zur Diskussion in die Sitzung des Unterausschusses Freizeitflächen am 9. Dezember 2024 und anschließend zum Beschluss an den Haupt-, Digital- und Finanzausschuss für die Sitzung am 17. Dezember 2024 abgegeben werden solle.

Herr Führer lässt über den Antrag von Frau Floyd-Wenke, eine Beratungspause einzulegen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (1 Enthaltung)

Die Sitzung wird um 17:48 Uhr für eine **Beratungspause** unterbrochen. Um 18:00 Uhr eröffnet Herr Führer die Sitzung wieder.

Herr Hewing gibt an, dass die Kurzfristigkeit und der Beratungsbedarf seiner Fraktion für eine Abgabe an den HDF spreche. Bezüglich der Eigenständigkeit des Jugendhilfeausschusses und weil die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den nicht im HDF vertretenen Jugendverbänden ihrer Stimme nicht vorenthalten wolle, werde er dem Antrag zustimmen.

Herr Richter äußert, dass im Antrag bei dem 2. Absatz der Begründung der Satz „Die Freizeitfläche sollte neben einer stationären Pumptrackanlage eine Fläche für Skater vorsehen. …“ das Wort „sollte“ durch „kann“ geändert werden solle, da dieses noch mit den Kindern und Jugendlichen beraten werden solle. Teilweise seien die Beratungsergebnisse im Förderplan aufgenommen worden, die 5-jährige Laufzeit ende jedoch.

Herr Führer kommentiert, dass es selbstverständlich sei, dass die verschiedenen Akteure in die Planung mit einbezogen würden, wie es beispielsweise bei Schaffung von neuen Kinderspielplätzen regelhaft gemacht werde.

Frau Leskow fügt hinzu, dass auch die SPD-Fraktion den gleichen Absatz geändert haben wolle. Es solle jetzt noch nicht festgelegt werden, wie die Fläche später aussehen solle. Die Planung der Freizeitfläche solle mit den Jugendlichen unter Umständen in Arbeitsgruppen und auch mit dem Unterausschuss erarbeitet werden. Die SPD-Fraktion stehe zu dem Plan, gehe aber davon aus, dass die 600.000 Euro für die komplette Fläche nicht reichen werden. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung nach Fördermitteln suche.

Herr Führer erklärt, dass es sich um keinen abschließenden Antrag handele und im nächsten Jahr mit der Planung unter Mitwirkung unterschiedlicher Akteure begonnen werden solle.

Herr Hülsbusch kommentiert, dass er die im Antrag stehenden Beträge für zu kurz gegriffen halte. Er plädiert eine Regelung zu treffen, dass trotz angespannter Haushaltslage die Freizeitfläche ertüchtigt und nicht vor sich hergeschoben werde.

Herr Beckmann gibt an, dass erst vor einer Woche im Rahmen ihrer Haushaltsplanberatungen festgestellt worden sei, dass für die Jugendfreizeitanlage noch keine Mittel eingestellt worden seien. Der Antrag solle das „grüne Licht“ ebnen, damit es in 2025 mit der Planung losgehen könne. Es sei klar, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Detailplanung stehe, die Jugendli-

chen dabei einbezogen werden sollten und niemand zurzeit sagen könne, wieviel die Fläche kosten werde.

Herr Gausmann fügt hinzu, dass die Freizeitanlage in Dortmund 500.000 bis 600.00 Euro gekostet habe. Bei den 200.000 Euro für Rheine für die Jahre 2026 bis 2028 gehe es um sogenannte Verpflichtungsermächtigungen, die im Haushalt abgebildet würden. D. h. nicht, dass die Verwaltung nur 200.000 Euro in einem Jahr ausgeben dürfe. Die Verwaltung könne Aufträge für das nächste Jahr erteilen und dergleichen mehr. Zuerst müsse die Planung erfolgen, um dann eine Zeitfolge abbilden zu können. Der Jugendhilfeausschuss spreche seit vielen Jahren über eine Freizeitanlage.

Herr Führer kommentiert, dass nun ein klares Zeichen gesetzt werden sollte. Bisher habe er noch von keiner Rednerin/von keinem Redner in irgendeiner Form Zweifel gehört, weshalb eine entsprechende Fläche nicht geschaffen werden sollte.

Herr Schomaker äußert, dass die UWG-Fraktion vor 5 Jahren einen Antrag für eine Freizeitfläche gestellt habe, der in den Kinder- und Jugendförderplan sowie den Freizeitflächenplan mit eingeflossen sei. Die UWG begrüße den heutigen Antrag der CDU- und FDP-Fraktionen und hoffe, dass dieser beschlossen werde.

Herr Timpe kommentiert, dass seit 5 Jahren über eine Freizeitfläche gesprochen werde und er es aus Sicht der Jugendlichen für gut halte, wenn die Freizeitfläche vor 2028 fertig werde.

Herr Richter unterbreitet den Vorschlag, den 2. Absatz der Begründung des CDU- und FDP-Antrages

> *„Die Freizeitfläche sollte neben einer stationären Pumptrackanlage eine Fläche für Skater vorsehen. Die Einrichtung einer Calisthenics-Anlage oder eine Boulderwand sollte diese Freizeitfläche abrunden“.*

durch die Ergänzung zu präzisieren:

> Neben den erarbeiteten Ergebnissen aus den Projekten des Kinder- und Jugendförderplanes 2021 bis 2026 werde die Freizeitfläche unter Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer und der aktuellen Jugendarbeit konkret geplant werden.

Herr Führer informiert, dass dieser Vorschlag in die Niederschrift aufgenommen werde. Er bestätigt auf die Wortmeldung von Frau Floyd-Wenke, dass der Beschlussvorschlag dadurch nicht verändert werde.

Herr Führer lässt über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktionen abstimmen:

Pos. 1
Der Jugendhilfeausschuss beschließt, 50.000 Euro für das Jahr 2025 für die Planung einer Jugendfreizeitfläche im Haushalt im Haushalt zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Pos. 2
Der Jugendhilfeausschuss beschließt, für die Jahre 2026 bis 2028 jeweils 200.000 Euro incl. der Verpflichtungsermächtigungen vorzusehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Antrag des Stadtjugendringes zur Finanzierung der Kampagne „No Fake, just Facts!"

Herr Führer informiert, dass Herr Gausmann bereits unter dem TOP 3 „Informationen" angekündigt habe, den Antrag des Stadtjugendringes auf Finanzierung der Kampagne „No Fake, just Facts!" *(siehe Anlage zum TOP 3 „Informationen")* unter diesem TOP beraten und beschließen zu lassen.

Frau Richter und Herr Richter erklären sich für befangen.

Herr Gausmann führt aus, falls dieser Antrag zum Haushalt beschlossen werde, könne eine Bewilligung frühestens im März 2025 erfolgen, nachdem entsprechende Mittel im Haushalt bereitgestellt worden seien. Da auch die Schulen im Rahmen ihrer Politikbildung mit profitieren würden, gehe er davon aus, dass sie sich aus dem Projekt „Geld statt Stellen" angemessen beteiligen würden. Über einen Haushaltvollzug für 2024 und 2025, mit dem auch rückläufig auf vorhandene nicht zu 100 % abgerufene Förderungsmittel zugegriffen werden könne, könnte in Abstimmung mit den Schulen haushaltsneutral der Bewilligungsbescheid für die Varianten 1 bis 3 über 73.000 Euro morgen zur Verfügung gestellt werden; nicht die große Lösung über 127.000 Euro. Mit diesem Paket könne nicht nur die Demokratieförderung erfolgen, sondern auch der bewusste Umgang mit den neuen Medien und Fake News mitgeschult werden.

In weiteren Wortmeldungen machen die Verwaltung und die Ausschussmitglieder deutlich, dass sie aufgrund der zunehmenden Gefährdung der Demokratie die Demokratieförderung für wichtig halten und den Antrag unterstützen werden.

Zudem kommentiert Herr Hewing, dass es eigentlich eine Landes- und Bundesaufgabe sei und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich eine intensivere Unterstützung von dort wünsche.

Herr Gausmann trägt den nachfolgenden Beschlussvorschlag vor, über den Herrn Führer abstimmen lässt:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die Förderbereiche 1 bis 3 aus dem Antrag des Stadtjugendringes Rheine e. V. *(siehe Anlage zum TOP 3 „Informationen")* im Haushaltsvollzug 2024 und 2025 in Absprache mit den Schulen abzubilden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Korrektur zum Haushaltsplan

Herr Gausmann informiert, dass es zum Haushaltsplan eine Korrektur gebe. Versehentlich seien TBR-Leistungen im **Produkt 214000** mit 50.000 Euro bei der Jugendhilfe gebucht worden, wovon jedoch 45.000 Euro zum Produkt „Städtische Museen" gehören würden, also dem Kulturbereich. Dadurch verbessere sich der Haushaltsplan für die Jugendhilfe um 45.000 Euro, so dass an der Stelle statt der 50.000 Euro nur noch 5.000 Euro stehen würden.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereichs 2 – Produktgruppe 21 - Jugendamt mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2025 **sowie den heute vorgetragenen Korrekturen und ergänzten Beschlüssen** in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Anfragen und Anregungen

Frau Richter regt an, Mitarbeitende des queeren Jugendtreffs in einer der nächsten Sitzungen vor der Kommunalwahl in 2025 einzuladen, damit sie von ihrer Arbeit berichten können.

Herr Führer erwidert, dass die Anregung im Rahmen der Arbeits- und Projektplanung 2025 mit dem Hinweis, vor der Kommunalwahl, also in dieser Besetzung des Jugendhilfeausschusses“ einzuladen, aufgenommen werde.

Ende des öffentlichen Teils: 18:34 Uhr

Dieter Führer Ausschussvorsitzender	Andrea Atrott Schriftführerin